

Revisited: Die Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation

Oder: Welches Verhältnis kann die Planwirtschaft zu der bäuerlichen
Agrarproduktion haben?



Bildquelle: http://pic.azimage.com/photos/premium/thumbs/681/ussr-circa-1961-a-stamp-printed-in-ussr-shows-a-harvester-and-silo-series-circa-1961_68131909.jpg

Martin Seelos, Wien 2014
<http://plannedeconomy.blogworld.at>

Revisited: Die Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation

Oder: Welches Verhältnis kann die Planwirtschaft zu der bäuerlichen Agrarproduktion haben?

Um sich ein Bild von der Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation (TUSA) zu machen, empfiehlt es sich, die ökonomische und die politische Seite zuerst einmal auseinanderzuhalten. Man sollte also verstehen, was Akkumulation bedeutet und was sozialistische Akkumulation im Gegensatz zu kapitalistischer Akkumulation bedeutet. Die Debatte auf der politischen Ebene scheidet sich wiederum in die Frage nach dem (richtigen) politischen Programm, das die TUSA berührt und nach der Einschätzung und Beurteilung der konkreten historischen Vorgänge in der Sowjetunion der 1920er Jahre, die mit dem Begriff der „Ursprünglichen“ verbunden sind.

Die Begriffsbildung

Wie nicht schwer zu erraten, ist der Begriff ursprünglichen sozialistischen Akkumulation eine Analogie zu dem Begriff „ursprüngliche kapitalistische Akkumulation“, den Adam Smith und später Karl Marx verwendeten, um zu erklären, wie einerseits die Kapitalisten zu Kapital kamen, das sie in die Industrieproduktion anlegten und wie andererseits die Arbeiter zu dem wurden, was sie sind, nämlich frei von eigenen Produktionsmitteln und frei von Verpflichtungen gegenüber den Feudalherren. Kurz gesagt, es ging darum, zu erklären, wie die sozialen Bestandteile des Kapitalismus auf die Bühne der Weltgeschichte gelangten, ohne bereits das historische Produkt ebendieser kapitalistischen Produktionsweise zu sein.

Die TUSA hingegen bezieht sich auf den Beginn der sozialistischen Akkumulation, nachdem durch die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmitteln und durch die Überwindung des bürgerlichen Staates der Staat zu einem Instrument der Planwirtschaft wird. Hier fällt sofort der Haken an der Analogie auf: Denn die „Bestandteile“ der Planwirtschaft sind bereits vorhanden: Als Ergebnis einer politischen Revolution. Die Analogie passt aber sofort wieder, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie und in welchem Zusammenhang sie ihr „Erfinder“ Evgenij Preobrazenskij verwendete: Dass eine Produktionsweise in ihrem frühen Entwicklungsstadium ökonomische Mittel anderer Produktionsweisen heranzieht und für sich „zweckentfremdet“.

Die „Ursprüngliche“ hat also immer etwas Schmarotzendes – da es sich aber um das Schmarotzertum des unfertigen Kindes handelt, hat dies an sich nichts Abstoßendes. Eher wie zwei Stützräder kleinen Kindern das Fahrradfahren-Lernen erleichtern, obwohl das – nun streng genommene – Vierrad dem Prinzip des Fahrrads widerspricht.

Ursprüngliche sozialistische Akkumulation vs. sozialistische Akkumulation

Um die TUSA zu verstehen, müssen wir sie zuerst von der gewöhnlichen oder ordinären sozialistischen Akkumulation abgrenzen. Dazu stellen wir uns einfach vor, die Planwirtschaft wäre weltweit allgegenwärtig und es gebe keine Reste vorangegangener Produktionsweisen mehr. Wie findet nun Akkumulation statt? Wie kann die Wirtschaft relativ zur arbeitsfähigen Bevölkerungsgröße wachsen? Eine pure Steigerung der Arbeitsdauer und der Arbeitsintensität stößt bald auf natürliche und gesellschaftliche Grenzen. Auch eine Vermeidung von Verschwendung und von Fehlplanung, sowie ein intelligentes Ressourcenmanagement, kann nur das optimieren, was bereits da ist. Wir wollen aber überhaupt mehr von dem, was da

ist.

Die Quelle des langfristigen materiellen Fortschritts ist – wie zu erwarten – die Mehrproduktion. Was aber ist die Mehrproduktion außer eine verbale Analogie zur Mehrarbeit und Mehrwert im Kapitalismus? Wenn wir uns die Wirtschaft in die Abteilungen Produktionsmittelindustrie und Konsumgüterindustrie aufgeteilt vorstellen, so findet Mehrproduktion statt, indem nun mehr von dem vorhandenen Arbeitsquantum der gesamten Gesellschaft in die erstere Abteilung verlagert wird und relativ dazu weniger in die Konsumgüterindustrie. Die Differenz von der Ausgangsproportion zu der Endproportion der beiden Abteilungen ist der Umfang der Mehrproduktion.

Nun ist nicht jede Mehrproduktion Quelle der Akkumulation, aber so gut wie jede Akkumulation ist das Ergebnis vorangegangener Mehrproduktion. Akkumulation findet nun statt, indem die zusätzlichen Ressourcen über die bloße Reproduktion der fixen Produktionsmitteln hinaus verwendet werden, um diese zu mehren und vor allem, was meist mittelfristig das Ergebnis der Vermehrung ist, in ihrer Qualität zu heben. Technischer Fortschritt findet statt, die Arbeitsproduktivität kann sich erhöhen, d.h. weniger Arbeitszeit wird durchschnittlich für die Herstellung ein und desselben Gutes verwendet, die Masse bzw. Qualität an Konsumgütern steigt relativ zur Arbeitsbevölkerung bei gleichgebliebener Arbeitszeit und/oder die Freizeit wird vermehrt. Einzige Kosten des Wunders: Vorübergehend - also in der Phase der Mehrproduktion – entweder mehr Arbeitszeit oder, was wahrscheinlicher, weniger Konsumgüter.

Zu diesen inneren Zusammenhängen gäbe es noch viel zu sagen und drei Ausgaben der Zeitschrift *planned economy* sind diesem Thema gewidmet. Für den Zweck der Beurteilung der TUSA mag indes das hier Skizzierte ausreichen.

Was ist an der TUSA historisch ...

Der Begriff „ursprüngliche sozialistische Akkumulation“ ist wegen der Geschichte der frühen Sowjetunion und der Debatten innerhalb deren führenden Kreisen ein etablierter Begriff.¹ Deswegen soll an dieser Stelle auch aus terminologischen Gründen darauf zurückgegriffen werden. Wiewohl es sich um eine Sache handelt, die erstens zumindest zur Hälfte mit Wirtschaftspolitik und nicht mit den ökonomischen Gesetzen der Planwirtschaft zu tun hat. Und zweitens ist die Voraussetzung für eine ursprüngliche sozialistische Akkumulation die, dass der planwirtschaftliche Sektor auf Dauer kleiner und weniger dynamisch ist, als der marktwirtschaftliche. Es ist fraglich, wenngleich a priori nicht beantwortbar, wie wahrscheinlich diese Konstellation für die Zukunft wäre.

Das einzige, was an der Theorie der ursprüngliche sozialistische Akkumulation wirklich universal und daher für alle Planwirtschaften gültig ist: Die bedeutende Erkenntnis Preobrazenskij's, dass die Planwirtschaft nur durch ihre schiere Größe und Masse jenes Potential entfalten kann, um die kapitalistische Produktionsweise an Produktivität zu überholen. Was daher nicht geht: dass die Planwirtschaft als kleine Inseln im Meer der Marktwirtschaft beginnt und aus sich heraus die kapitalistischen Betriebe ökonomisch verdrängen kann. Planwirtschaft braucht den Staat oder besser gesagt: Ist mit diesem auf eine bestimmte Art und Weise verwoben.

Nun in media res: Die ursprüngliche sozialistische Akkumulation umfasst den Wertetransfer von dem kapitalistischen - vielleicht sogar mitunter von dem vorkapitalistischen - Sektor der Wirtschaft in die Planwirtschaft. Dazu muss, solange die Planwirtschaft eine geringere Produktivität als die kapitalistische Wirtschaft aufweist, das Wertgesetz im Austausch der beiden Sektoren zueinander gebrochen werden. Und umgekehrt, wenn die Planwirtschaft eine größere Produktivität erreicht hat, ist der Wertetransfer vom ka-

¹ Evgenij Preobrazenskij widmete 1926 diesem Thema sein Hauptwerk „Die neue Ökonomik“. Wer mehr zu dazu wissen möchte, sollte natürlich zuallererst dieses Buch lesen.

pitalistischen Sektor nicht mehr notwendig. Ermöglicht wird aber der angesprochene Bruch mit dem Wertgesetz dadurch, dass der Staat Preise, Zölle, Steuern, Außenhandelsmonopol in der Hand nimmt und zum Zwecke der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation einsetzt.² Der Staat deformiert also die Austauschbeziehungen zwischen den verschiedenen Sektoren der alten und der neuen Wirtschaft zugunsten des sozialistischen Sektors und zuungunsten der Privatwirtschaft. Das aber kann der Staat nur deswegen machen, weil er in den Händen der ArbeiterInnenklasse ist. Der Begriff „deformiert“ bezieht sich aber in Wirklichkeit auf die Proportionen von Branchen und Preisen im Kapitalismus. Aus der Sicht des kapitalistischen Wertgesetzes ist indes jede zentrale Preisfestsetzung eine Deformation. Und das Wertgesetz würde sich in jedem Falle auflösen, insofern die Planwirtschaft immer mehr Platz in der Ökonomie einnimmt. Die ursprüngliche sozialistische Akkumulation ist nur eine konkrete Erscheinung dieses allgemeinen Vorgangs.

So scheint in Summe die Theorie der „Ursprüngliche sozialistische Akkumulation“ zwar inhaltlich richtig, aber von der Bedeutung her doch eher auf rückständige Ökonomien zugeschnitten. Doch sollten wir bei der Beurteilung der Relevanz dieser Theorie vielleicht doch etwas Vorsicht walten lassen. Die kapitalistische Wirtschaft ist heute auf einem ungleich höheren Niveau als nach dem 1. Weltkrieg in Russland. Die Produktivität ist eine ganz andere – relativ unabhängig zu sonstigen strukturellen Schwächen des Kapitalismus im 21. Jahrhundert. Wenn dem aber so ist und die ArbeiterInnenklasse nicht in allen bzw. nicht in den marktwirtschaftlich dominanten Ländern den kapitalistischen Staat überwinden kann, stellt sich dann nicht wiederum, wie schon nach der russischen Revolution von 1917, die Frage nach der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation? Nun nicht mehr innerhalb eines Staates zwischen der bäuerlichen Privatproduktion einerseits und der sozialistischen Industrie andererseits, sondern zwischen planwirtschaftlichen Staaten und kapitalistischen Staaten auf Weltebene. Denn auch hier gilt: dass die Planwirtschaft nur durch ihre schiere Größe und Masse jenes Potential entfalten kann, um die kapitalistische Produktionsweise an Produktivität zu überholen. Tut sie das nicht, würde sie nach einer gewissen Periode dem kapitalistischen Weltsystem auch politisch und militärisch zum Opfer fallen. Insofern hat die Serie der kapitalistischen Restaurationen nach 1989/91 Preobrazenskij posthum bestätigt.

Andererseits stellt sich die Frage, ob ein planwirtschaftlicher Staatenblock gegenüber einem kapitalistischen jene „Marktmacht“ hat, um Produkten-Preise zu bestimmen und das Wertgesetz zu brechen. Hat er es nicht, ist wahrscheinlich, dass auch die ökonomische Masse der Planwirtschaft zu gering ist, um den verbleibenden Kapitalismus ökonomisch aufzusaugen. Ist dies der Fall, hängt auch die ökonomische Zukunft der Planwirtschaft von dem politischen Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern ab. Konsequenterweise gedacht trug die Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation zumindest implizit die korrekte Kritik an der stalinistischen Idee vom „Sozialismus in einem Lande“ in sich.

... und was universell?

Zusammengefasst: Die Relevanz der „Ursprünglichen“ ist nicht von einem absoluten Stand der Produktivkräfte zu Beginn der Planwirtschaft, sondern vom relativen Stand der Produktivkräfte zur aktuell wirksamen kapitalistischen Umgebung abhängig. Das sah übrigens auch Preobrazenskij selbst so, wenngleich ausgehend von der Beziehung zwischen Landwirtschaft und Industrie eines Landes, verallgemeinerte er dies bereits auf die Beziehung zwischen Industrieländern und deren Kolonien: *„(...) je mehr ein Land wirtschaftlich und industriell entwickelt ist, in dem die sozialistische Revolution triumphiert, und je größer die materielle Erbschaft in Form einer hochentwickelten Industrie und kapitalistisch organisierten Landwirtschaft ist, die das Proletariat dieses Landes von der Bourgeoisie durch Nationalisierung erhält, umso geringe wird das relative Gewicht der vorkapitalistischen Formen in diesem Lande sein; und je grö-*

² Was hier nicht das Thema ist, aber zu erwähnen, um Missverständnisse zu vermeiden: Innerhalb des sozialistischen Sektors wird das Wertgesetz gebrochen, indem sich die Preise nicht mittels der Warenzirkulation zu einer Funktion von Kostpreis und Profitrate werden. Die Gesellschaft ist nun frei, das gesamte Produktquantum zu verteilen, wie sie will.

ber die Notwendigkeit für das Proletariat dieses Landes ist, den nicht-äquivalenten Tausch seiner Produkte gegen die Produkte früherer Kolonien einzuschränken, umso mehr wird sich der Schwerpunkt der sozialistischen Akkumulation zur Produktionsbasis der sozialistischen Formen verlagern, d. h. umso mehr wird es auf dem Mehrprodukt seiner eigenen Industrie und seiner eigenen Landwirtschaft beruhen. Dieses Gesetz muß natürlich modifiziert werden, wenn Produktionsmittel aus einem fortgeschrittenen sozialistischen Land in ein rückständiges gebracht werden.“³

Richtig, Akkumulation in der Planwirtschaft findet entweder durch den Eintrag von Mehrproduktion in die Produktionsmittelindustrie statt oder durch den Eintrag von Raubgut, falls man das Ergebnis der Deformation des Wertgesetzes zwischen zwei Wirtschaftssektoren so nennen möchte. Es versteht sich aber von selbst, dass im Laufe der Zeit ersteres - also die Mehrproduktion innerhalb des sozialistischen Sektors - letzteres verdrängen muss. Geschieht dies nicht, gibt es auf Weltmaßstab keine Akkumulation und keinen Produktivitätsfortschritt. Letzterer kann den Kapitalismus nur dann überwinden, wenn die sozialistische Akkumulation greift. Die „Ursprüngliche“ kann daher immer nur die Rolle des initialen Antauchens haben. Also etwa das Verhältnis von kinetischer Energie zur potentiellen Energie bei der Bewegung eines Gegenstandes.

Unter sozialistischer Akkumulation verstehen wir die Akkumulationsvorgänge, die innerhalb der Planwirtschaft vonstattengehen, die also das Wertgesetz ersetzt haben und keine direkte staatliche Intervention, die Werte von außerhalb der Planwirtschaft dieser zufügen, benötigen. Der gesellschaftliche und staatliche Überbau, der für die Planwirtschaft notwendig bzw. zumindest passend ist, haben wir an anderer Stelle beschrieben. Indes versteht es sich von selbst, dass die Masse des Staates abnehmen kann, wenn das Pendel von der ursprünglichen zur sozialistischen Akkumulation ausschlägt.

Wenn wir nach dem absoluten Stand der Produktivkräfte fragen, so ist heute in den meisten Ländern der Stand der Dinge der, dass eine kritische Masse durchaus vorhanden ist, um mit der sozialistischen Akkumulation zu beginnen. Die Frage, ob zusätzlich die ursprüngliche sozialistische Akkumulation benötigt wird, ist davon abhängig, ob die kapitalistische Umgebung höher entwickelt ist. Oder anders gesagt: Ob das Wertgesetz eine Gefahr darstellt, die Entwicklung der Planwirtschaft zu behindern.

Evgenij Preobrazenskij stellte 1926 fest, dass in der Phase der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation synchron die sozialistische Akkumulation beginne. Aber noch nicht als das dominierende Prinzip, sondern als „zartes Pflänzchen“, dass noch des Schutzes vor dem Wertgesetz bedarf. Erst nach einer mehr oder weniger langen Periode der staatlichen Intervention zugunsten der Planwirtschaft kann dieser Schutzmantel wegfallen und die sozialistische Akkumulation steht alleine da auf bereits festen Füßen. Das bedeutet übrigens per se, dass das Wertgesetz gebrochen ist, aber nun nicht, weil mittels „ungleichen Tausches“ Werte vom privaten in Richtung des sozialistischen Sektors angetaucht werden, sondern weil der sozialistische Sektor⁴ bereits dominiert und eine höhere Arbeitsproduktivität als im Kapitalismus aufweist.

Wenn wir beide Formen der Akkumulation vergleichen, so kann zusammengefasst werden: Die sozialistische Akkumulation ist auf alle Fälle notwendig, um zum Sozialismus zu führen, die ursprüngliche sozialistische Akkumulation hingegen nur als unter Umständen notwendiger Zusatz. Nämlich dann, wenn die Planwirtschaft dem Wertgesetz noch nicht ausgesetzt werden darf, ohne an Substanz zu verlieren. Kurzum: Nur dann, wenn sich die Waagschale der politische und ökonomische Situation noch zugunsten des Kapitalismus neigt. Eine erfolgreiche Welle der Revolution kann die „Ursprüngliche“ genauso entbehrlich machen, wie der Sieg der Arbeiterklasse in den Zentren des Weltkapitalismus. Aber nichts, auch nicht eine

³ Evgenij Preobrazenskij, Die Neue Ökonomik, Moskau 1926, Seite 159.

⁴ Als „sozialistischen Sektor“ bezeichnen wir den Sektor, der planwirtschaftlich geführt wird. Die Planwirtschaft im weiteren Sinne kann neben dem sozialistischen Sektor auch die Gestaltung der Rahmenbedingungen zu dem privatwirtschaftlichen Sektor enthalten. Auf die Differenzierung von bloß verstaatlichtem Kapital und vergesellschafteten gehen wir im Text nicht weiter ein, unterstellen aber letzteres, was zwei unterschiedliche Elemente beinhaltet, nämlich erstens die Brechung des Wertgesetzes innerhalb des Sektors und zweitens die Arbeiterkontrolle über die Produktion.

synchrone Weltrevolution, kann die sozialistische Akkumulation entbehrlich machen.

Man könnte nun meinen, die sozialistische Akkumulation sei noch weit weg und unnütze Zukunftsmusik und dass sich eine Untersuchung noch nicht lohne. Aber darauf muss geantwortet werden, dass ja in jedem Fall die sozialistische Akkumulation mit Beginn der Planwirtschaft beginnt. Und nebenbei: Die Wirtschaftspolitik des Stalinismus und der stalinistische Staat haben nicht nur die Revolution von 1917 begraben, sondern auch ein gewaltiges Ausmaß an theoretischer Konfusion über die nachkapitalistische Ökonomie geschaffen, so dass es auf alle Fälle notwendig ist, die Sache auch von dieser Seite her klarzustellen.

Das unrühmliche Ende der TUSA im Stalinismus

Wie ging es übrigens in der Sowjetunion nach der Diskussion von 1923/26 weiter? An dieser Stelle hat nur ein kurzes Streiflicht Platz, das indes für das richtige Verständnis nicht schaden kann. Der erfolgversprechendste Weg in den 1920er Jahren wäre ja gewesen, die Staatsindustrie nicht mittels Zerschlagung der privaten Warenproduktion, sondern mittels dem selektiven Brechen des Wertgesetzes zu schützen und damit weiter zu entwickeln, bis die sozialistische Akkumulation angesprungen und ein Produktivitätswachstum vorlegt, das den Kapitalismus überholt. Unter dem Duo Bucharin-Stalin fand ab Mitte der 1920er Jahre kaum eine ursprüngliche sozialistische Akkumulation statt, da die bäuerliche Privatwirtschaft und der private Handel gegenüber der Staatsindustrie bevorzugt wurden. Die Mehrarbeit des privaten Sektors verblieb größtenteils im privaten Sektor und die (geringere) Mehrproduktion des sozialistischen Sektors verblieb in eben diesem. Falls überhaupt, denn die Produkte der Industrie wurden billig der Privatwirtschaft zugeführt.⁵ Diese Entwicklung erreichte schließlich den Punkt, der die Zukunft der Planwirtschaft an sich gefährdete. Man denke nur an den Handelsboykott des bäuerlichen Sektors gegenüber der Industrie 1927/1928. Damit, also mit dem Überleben der Planwirtschaft, stand jedoch die soziale Stellung der bürokratischen Kaste auf dem Spiel, was letztlich für Stalin der Auslöser für eine Kehrtwendung war. Stalin „löste“ das Problem auf eigene Weise. Er eliminierte die heikle Frage der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation, indem die Landwirtschaft 1928-1932 zwangs-kollektiviert wurde. Ohne private Betriebe, die Mehrarbeit produzieren, kann auch kein Teil von dieser Mehrarbeit durch die Instrumente der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation der sozialistischen Industrie zugefügt werden. Und der überlegene Weltkapitalismus mit seinem Weltmarkt war erst recht nicht zugänglich, zum Zwecke der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation ausgenutzt zu werden.

Die Folge aus diesem Dilemma war, dass die Mehrproduktion aller, der Arbeiter sowie der Bauern in den Kolchosen und Sowchosen, bis zur kollektiven Erschöpfung gesteigert wurde. Wie Trotzki in der „Verratenen Revolution“ berichtete, war das sowjetische Arbeitsrecht der 1930er Jahre das repressivste seiner Zeit, trug zu einer gewaltigen Masse an Mehrproduktion aber gleichzeitig auch zur Entfremdung der Arbeiter von der Wirtschaft und der Sowjetgesellschaft bei. Wenn wir einen historischen Vergleich versuchen: Es wäre so, wie wenn der frühe Kapitalismus auf die ursprüngliche kapitalistische Akkumulation verzichtet hätte und ab dem 16. Jahrhundert sich ausschließlich auf das Sparen zum Zwecke der Akkumulation verlagert hätten. Vermutlich hätten die Bürger es damit zu tüchtigen und biedereren Handwerksbetrieben gebracht, aber nicht zur großen Industrie, die ihrerseits die Handwerksbetriebe hinter sich ließ. Der Vergleich ist natürlich auf der anderen Seite völlig schief, denn die Bürger der frühen Neuzeit konnten

⁵ Vorsicht: das bedeutet natürlich nicht, dass die Produkte des einen Sektors nicht mit den Produkten des anderen ausgetauscht wurden, das war natürlich immer der Fall. Es geht darum, ob dem einen Sektor auf Kosten des anderen Werte zugeführt werden. Und noch einmal Vorsicht: Auch ein Auseinanderklaffen der Preise, wie etwa 1922 und 1923 zwischen Industrie- und Agrargütern relativ zu ihrem Vorkriegspreisstand bedeutet an sich noch nicht Wertetransfer in diesem Ausmaß, da die Industriepreise vermutlich nur deswegen bis September 1923 ansteigen, weil die Arbeitsproduktivität in der Industrie geringer war als 1913. Interessanter Gedanke, aber nicht leicht nachzuweisen: Ob in der Bucharin-Periode nicht doch überhaupt eine „ursprüngliche“ kapitalistische Akkumulation bzw. negative ursprünglichen sozialistischen Akkumulation von staten ging? Also im Saldo ein Wertetransfer von der sozialistischen Industrie zur privaten Landwirtschaft & Handel.

nicht von einem anderen Subjekt der Gesellschaft mittels Polizeigewalt gezwungen werden, unter Konsumverzicht zu arbeiten.

Zurück zur Planwirtschaft des 20. Jahrhunderts: Die Zwangskollektivierung ab 1928 bedeutete auch einen materiellen „Eintrag“ der bäuerlichen Privatwirtschaft in den sozialistischen Sektor. Aber das war ein Einmal-Effekt, nach diesem war die ursprüngliche sozialistische Akkumulation als Option ein für alle Mal eliminiert. Dieser Ausgang der Geschichte war keineswegs im Sinne der TUSA, auch wenn Preobrazenskij selbst die Sache ein wenig anders bewertete. Die politischen und ökonomischen Auswirkungen der Zwangskollektivierung waren jedenfalls desaströs, die ehemaligen Bauern wurden zu Landarbeitern, die dem Sowjetsystem fremd gegenüberstanden. Die ungeheure Masse an Mehrarbeit schuf eine quantitativ gewaltige Industrie, aber die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft fiel zuerst einmal vehement ab. Auch aus diesem Grunde kam es zu der großen Hungersnot 1932/33.

Unten den Bedingungen der Entfremdung und bürokratischen Kontrolle, die gleichermaßen brutal wie ängstlich war und somit konservativ und anti-innovativ, konnte hauptsächlich nur quantitativ akkumuliert werden. Es ging um industrielle Ausweitung, aber zum geringeren mittels qualitativer Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Die sozialistische Akkumulation rollte los, aber in die falsche Richtung. Wie gesagt: Wir hatten nach 1932 nur eine sozialistische Akkumulation vor uns und keine „Ursprüngliche“ mehr, aber der Weg zur Überholung der Arbeitsproduktivität des Weltkapitalismus war durch die Tücke des Mittels dazu, die bürokratische Diktatur über die eigene Bevölkerung, versperrt.

Da aber die soziale Stellung der bürokratischen Kaste langfristig ebenfalls vom Erfolg der eigenen Wirtschaft abhängig ist, war sie sich selbst im Weg, ohne sich dessen bewusst zu sein. Ab den 1960er Jahren schaltete die Bürokratie ein paar Gänge zurück, aber nicht zum Zwecke der Steigerung der Arbeitsproduktivität mittels sozialistischer Akkumulation. Der Handel mit und der Kapitalimport aus dem Westen bedeuteten nicht, dass ein Wertetransfer zugunsten der sozialistischen Industrie stattfand. Vermutlich traf sogar das Gegenteil zu und wir hatten es in den letzten Jahrzehnten mit so etwas wie einer „negativen ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ zu tun. Das, abgesehen von anderen Kriterien, war bereits das Ende der Lebensberechtigung dieses ökonomischen Systems.

Was ist Sozialismus, was ist Kommunismus?

Wenn wir uns mir der TUSA und ihre Perversion im Stalinismus beschäftigen, so wirft dies auch die Frage auf, was denn nun eigentlich das Ziel der ursprünglichen und der sozialistischen Akkumulation sei. Denn Akkumulation selbst ist ja kein Selbstzweck – zumindest könnte man dies für eine nachkapitalistische Gesellschaft annehmen. Freilich gibt es in der Literatur je nach Standpunkt, Intention und Interessenslage unterschiedliche Verständigungen, was denn nun Sozialismus oder Kommunismus sei.

Was also ist überhaupt Kommunismus? Die elementarste Aussage ist: Kommunismus ist eine klassenlose Gesellschaft, ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Wobei hier der Nebensatz dem Hauptsatz keinen zusätzlichen Aspekt hinzufügt, sondern diesen erklärt. Freilich ist mit dieser Definition noch nicht alles gesagt, denn sie umreißt nur die Beziehung der Menschen untereinander. Die Urgesellschaft etwa wäre demnach auch kommunistisch, weil sie kein Mehrprodukt schafft, sondern wegen des geringen Standes an Technik und Bevölkerungszahl der Natur noch gänzlich ausgeliefert ist. Ein bestimmtes Ausmaß an Mehrproduktion ist aber notwendig ist, um die Differenzierung der Gesellschaft in Ausbeuter, die sich das Mehrprodukt aneignen, und den Produzenten des Mehrprodukts zu initialisieren.

Es werden aber alle, die heute Kommunismus meinen, nicht eine Urgesellschaft der Jäger und Sammler im Sinne haben. Es geht also nicht nur um die Beziehung der Menschen untereinander, sondern auch um die Beziehung der Gesellschaft zu der Natur, da die Menschen, solange sie leben, eine Art von Naturaneignung und Produktion betrieben. Was ja nicht anderes als einen Weiterverarbeitung der Natur durch den

Menschen ist. Mit diese Fragestellung sind wir von der gesellschaftlichen zur ökonomischen Ebene gelangt.

Wenn wir etwa von der pointierten Aussage von Marx: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ und wir Fähigkeiten mit Neigung, Interesse gleichsetzen, so schließt Kommunismus zwei Seiten ein, die miteinander in einer Beziehung stehen: Dass die Bedürfnisse so sind, dass sie durch die Produktion erfüllt werden können und dass die Produktion so ist, dass es keine Entfremdung mehr bedeutet, zu arbeiten. Also, was ja eigentlich auf das selbe hinausläuft, dass die Arbeit der Neigung und den Interessen entspricht. Daraus folgen eine ganze Reihe weiterer komplexer Beziehungen: Zwischen Arbeitszeit (pro Tag, Person oder Lebensabschnitt), Freizeit, Arbeitsintensität, Konsumgüter, Bevölkerungsgröße oder Produktivität ... um einige zu nennen. Wenn wir bei dieser Definition von Kommunismus bleiben, kann etwa eine Erhöhung der Konsumbedürfnisse, die eine Weiterentwicklung des Produktionsapparates erfordert, vorübergehend die Arbeitszeit über ein Maß verlängern, das nicht mehr bloß der Neigung entspricht, sondern als Mühsal empfunden wird. Umgekehrt kann das historisch gewachsene Verständnis, bis zu welchem Stundenausmaß Arbeit noch nicht als Pflicht empfunden wird, sinken und – so lange die Produktivität nicht steigt – die Konsumgütermenge unter das Maß der Bedürfnisse senken. Dafür entspricht die gesunkene Arbeitszeit wieder dem Vergnügen. Das sind nur zwei hypothetische Beispiele, die zeigen, dass der „Zustand“ Kommunismus nicht statisch, einmal erreicht, sondern dynamisch ist, sich immer wieder nach vorn und zurück verschieben kann.

Es gibt also nicht einen bestimmten, konkreten Stand der Entwicklung der Produktivkräfte, ab der Kommunismus da ist, aber es gibt - umgekehrt - eine Untergrenze der Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, ab der Planwirtschaft überhaupt erst möglich ist. Eine Gesellschaft mit individueller Einzelproduzenten z.B. böte kaum die materielle und mentale Voraussetzung für die Vergesellschaftung. Im Grunde schafft hier der Kapitalismus die Vorarbeit.⁶ Und wir meinen hier jene Planwirtschaft, die objektiv notwendig ist, um die Produktivkräfte - abhängig von den oben genannten Faktoren wie Arbeitszeit, Bedürfnisse und so weiter - auf den Zustand des Kommunismus zu heben. Offensichtlich ist das eine technische wie auch eine gesellschaftliche Angelegenheit. Und beide Seiten beeinflussen sich wechselseitig: Neue technische Möglichkeiten schaffen neue Bedürfnisse und umgekehrt.

Der Einfachheit halber bezeichnen wir hier die Produktionsweise als „sozialistisch“, die von der Überwindung des Kapitalismus bis zum Kommunismus führt, obwohl diese Definition auch ihre Tücken hat. Die Gesellschaft im Sozialismus hat also die oben beschriebenen Eigenschaften des Kommunismus nicht bzw. noch nicht erreicht. Im Grunde besteht daher die objektive Aufgabe darin, die Produktivkräfte in der Planwirtschaft weiterzuentwickeln, bis der duktile Zustand Kommunismus überhaupt erst möglich ist, ohne dass den Menschen vorher oder zu diesem Zwecke ihre Bedürfnisse oder Neigungen ausgetrieben werden.

Der letzte Satz ist deswegen notwendig, weil im Sozialismus die Entwicklung der Produktivkräfte nicht bloß ein technischer Prozess, der mittels Zwang die Mehrheit der Bevölkerung unterworfen ist, sein kann. Umgekehrt formuliert: Letzteres kann vorkommen in dem Sinne, dass es nicht auszuschließen ist - nur ist es dann eben nicht Sozialismus, sondern irgendeine gefährdete Vorform. Aber immerhin gilt bereits nach der Überwindung der Profitwirtschaft: Tempo und Richtung der Entwicklung (Proportion der gesellschaftlichen Arbeitsteilung nach Branchen, Arbeitsteilung, Arbeitsbedingungen ...) brauchen nicht mehr

⁶ Dazu gibt es unzählige Stellen bei Marx. Indes soll hier überhaupt nicht unter den Teppich gekehrt werden, dass dieser vorderhand harmlose Satz „Im Grunde schafft hier der Kapitalismus die Vorarbeit“ eine ganze Reihe von Fragen aufwirft, wie etwa jene von Rudolf Bahro in dessen Buch „Die Alternative“ (1977), in dem das Phänomen des Stalinismus als eine Form der objektiv notwendigen nachholenden Entwicklung des vorkapitalistischen bzw. zumindest vorindustriellen Russlands beschrieb, wobei die stalinistische Bürokratie Ähnlichkeiten mit den Agenten der asiatischen Produktionsweise aufweist. Und Otto Ullrich, um nur ein anderes Beispiel zu nennen, bestreitet in dem Buch „Weltniveau“ (1979) überhaupt selbst diese objektive Aufgabe, indem er die damit verbundene Enteignung der ursprünglichen Produzenten durch die große Industrie als an sich nicht kompatibel mit dem Sozialismus auffasst.

nach *einem* monetären Kalkül⁷ getrieben werden, sondern von einem ganzen Komplex von Kalkülen, die die Gesellschaft immer wieder demokratisch neu feinjustieren kann. Diese Kalküle wären etwa zum Beispiel: Konsum, Freizeit, Akkumulation, Arbeitsintensität, Arbeitsdauer, Aufteilung von Arbeit und Konsum unter der Gesellschaft nach bestimmten Kriterien und ähnliches mehr.

Der Fortschritt des Sozialismus gegenüber den vorangegangenen Gesellschaftsformationen ist *nicht*, dass Arbeit nur noch Neigung und Konsum gänzlich nach den Bedürfnissen geschieht, sondern dass die Menschen zum ersten mal in der Geschichte zwischen unterschiedlichen Zwängen wählen können, die sich aus dem Verhältnis der Menschen zur Natur ergeben. Also etwa Arbeitszeit zur Weiterentwicklung der Technik vs. Freizeit. Die Gesellschaft kann daher auch das Tempo ihrer Entwicklung bewusst bestimmen.

In dieser Hinsicht hatte etwa Otto Ullrich 1980 völlig recht, dass Vergesellschaftung der Produktionsmitteln nur bedeuten kann, die ursprüngliche Enteignung der ursprünglichen Produzenten durch das Kapital aufzuheben. Also den Produzenten die Entscheidungsgewalt über Arbeitsbedingungen und dergleichen zurückzugeben, da die ursprüngliche Enteignung nicht nur den Besitz der Produktionsmitteln zum Gegenstand hatte, sondern weit mehr: „(...) *eine schrittweise Enteignung im weitesten Sinne: Eine Enteignung von der Verfügungsgewalt über das hergestellte Produkt und über die eigene Zeit, eine Enteignung vom Besitz an den Produktionsmitteln und vom Besitz der Fertigkeiten und des Wissens zur Produktion. (...) denn es ist von zentraler Bedeutung für alle wirklichen Alternativen zum kapitalistischen Produktionssystem, daß die Enteignung vollständig aufgehoben wird und die Betrachtung sich nicht nur auf den Aspekt „Eigentum an Produktionsmitteln“ beschränkt.*“⁸

Oder allgemeiner gesagt, was die Ökonomie betrifft: Der Weg zur sozialistischen Akkumulation ist keineswegs gleichgültig im Verhältnis zum Ziel. Das ist zwar richtig, bloß sagt dieser Satz andererseits auch wieder nicht viel aus. Denn was nach der Bestimmung des Kommunismus und des Sozialismus noch fehlt, ist die Bestimmung der Übergangsgesellschaft – vom Kapitalismus zum Sozialismus. Wie die Bestimmung des Sozialismus vom Kommunismus ausgehen muss, so die Bestimmung der Übergangsgesellschaft vom Sozialismus. Überraschenderweise gibt es eine Unzahl von Definitionen, was denn Sozialismus sei. Wir greifen hier nur eine heraus: Sozialismus ist dann erreicht, wenn Lebensstandard und Kultur jene des Kapitalismus übertreffen (so ungefähr bei Leon Trotzki)⁹. Damit ist umgekehrt auch gesagt, dass der Klassenkampf Geschichte geworden ist. Denn wenn die Planwirtschaft bereits ein höheres materielles und kulturelles Niveau als der vorangegangene oder in Resten und Rändern noch existierenden Kapitalismus ermöglicht, gibt es keinen Grund, einen politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Überlebenskampf der sozialistischen Produktionsweise zu organisieren. Die gesamte Gesellschaft ist somit wirklich frei, zwischen materiellen Zwängen zu wählen, Zwänge, die sie wiederum vom Kommunismus unterscheidet.

Die Übergangsgesellschaft hingegen führt noch einen Klassenkampf, wenngleich mittels des Instruments eines Arbeiterstaates. Auch wenn dieser nach der Rätedemokratie organisiert ist, und für die Arbeiterklasse und vor allem deren Avantgarde ungleich mehr Entscheidungsgewalt beinhaltet, als der bürgerliche Parlamentarismus, kann der Klassenkampf es mit sich bringen, restaurative Kräfte von der politischen

⁷ Vgl. Charles Bettelheim, *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft*, Berlin 1970.

⁸ Otto Ullrich, *Weltniveau*, Rotbuch Verlag 1980, Seite 29.

Unserer Ansicht nach grenzte sich Ullrich auf der anderen Seite nicht ausreichend gegenüber den Zwängen der vorindustriellen Welt ab. Einerseits unterlag die Arbeit des Handwerks dem Druck zur Selbstausbeutung, auch wenn die Produzenten ihre Produktionsmittel besaßen - das trifft übrigens auch auf die selbstständigen Kleinbauern zu - andererseits schuf sich das Handwerk seine eigenen repressiven Strukturen gegenüber potentieller Konkurrenz. So bestand etwa während der Französischen Revolution von 1798 die zentrale Forderung der städtischen Plebs in der Aufhebung der Zunftordnung und der Öffnung des Arbeitsmarktes für alle.

Wendet man hingegen die Dialektik an, dann stimmt es bei Ullrich wieder: Die Expropriation der Expropriateure führt nicht zu dem Ausgangszustand zurück, sondern zu einem höheren Niveau der kollektiven Demokratie in der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.

⁹ Vgl. Leon Trotzki, *Kapitalismus oder Sozialismus*, Berlin 1925.

Macht auszuschließen. Ja, mehr noch: Ihre soziale und wirtschaftliche Macht mit ökonomischen Mitteln zu brechen. Das hört sich sehr ungemütlich an. Nun, ist es auch. Die Tatsache, dass in den Planwirtschaften des 20. Jahrhunderts alle den Stalinisten potentiell oppositionellen Kräfte als gefährliche Konterrevolutionäre verunglimpft wurden, bedeutet nicht, dass eine Planwirtschaft sich nicht tatsächlich in Gefahr und im Überlebenskampf befinden kann. Es ist klar, dass Kommunisten in dieser Situation die Planwirtschaft so lange zu retten trachten, wie möglich. Deswegen sind sie Kommunisten.

Wenn wir noch einen Schritt weiter zurück machen, sehen wir, dass die Revolution selbst, die vom Kapitalismus zur Übergangsgesellschaft führt, ein Produkt und höchster Ausdruck des Klassenkampfes ist. Die sozialistische Gesellschaft wird also nicht aus einer Idee, einem politischen Programm oder gar eines überlegten Plans geboren, sondern durch den Massenkampf, der auch seine unberechenbare Züge hat. Eine andere Kraft zum „Systemwechsel“ gibt es nicht. Das bedeutet aber auch, dass alle Elemente dieses Massenkampfes in die Grundrisse der neuen Gesellschaft einfließen, wie auch die rohe Substanz der alten Gesellschaft und ihrer Produktionsweise. Das erklärt z.B. auch, weshalb Sowjetrußland 1917 nicht ein kommunistisches Agrarprogramm durchführte, sondern einfach die illegalen Massenaktionen der kleinen Bauern und Landarbeiter legalisierte, etwa so wie die politische Revolution 1789 in Paris die soziale Revolution auf dem Lande legalisierte, oder denken wir an Räte-Ungarn 1919, von dem Eugen Varga später berichtete, dass es schlichtweg unmöglich gewesen sei, den ArbeiterInnen nicht jene ökonomisch bedenklichen hohen Löhne zu zahlen, die sie von der Räteregierung verlangten.¹⁰

Allgemein gesehen ist es die objektive Aufgabe der Übergangsgesellschaft, den Klassenkampf abzulegen, indem der Klassenkampf des Arbeiterstaates so geführt wird, dass die sozialistische Produktionsweise den Sozialismus ermöglicht. Oder pointierter gesagt, indem wir die Bestimmung des Sozialismus in Abgrenzung zur Übergangsgesellschaft verwenden: Der Klassenkampf des Arbeiterstaates wird so geführt, dass er sich selbst erübrigt. Die Realisierung dieses Ziels erfordert eine politische Führung, die das versteht, durchführen kann und keine diesem Ziel divergierende sozialen Interessen hat.

Programmatische Fragen

Die russische Revolution 1917 und die Entwicklung der Planwirtschaften des 20. Jahrhunderts stellten auch zahlreiche politische und im engeren Sinne programmatische Fragen. Diese und ihre Antworten bieten noch heute oft Anlass für zahlreiche Kontroversen. Und das ist auch völlig verständlich und richtig so, handelt es sich dabei doch auch um grundsätzliche Weggabelungen. Die Schwierigkeit besteht nun darin, eine historische Beurteilung von einer ökonomischen zu trennen und in der politischen Debatte von damals das auch heute noch programmatisch Gültige herauszuschälen.

Einer der wichtigsten Fragenkomplexe betrifft das Verhältnis des Arbeiterstaates und der vergesellschafteten Industrie zu den kleinen Selbstständigen, den Bauern, Kleinhändlern, Gewerbetreibenden, technisch-wissenschaftlichen und sonstigen Selbstständigen. Nun bestand die Relevanz dieser Frage in Rußland der 1920er Jahre auch deswegen, da nahezu die gesamte Agrarproduktion bäuerlich strukturiert war. Industriegut versus Nahrungsmittel auf die ökonomischen Seite war gleichbedeutend mit Arbeiterklasse versus Bauertum auf der sozialen. Diese Gegenüberstellung wäre heute in vielen Ländern, in denen ein bedeutender Teil der Nahrungsmittel samt agrarischen Zwischenprodukten von einer großen Agrarindustrie hergestellt wird, anders. Würde man ins Detail gehen wollen, müsste man die unterschiedlichen Beziehungen unterschiedlicher Akteure analysieren wie etwa: Patentschutz – Chemie – Saatgut – Ferntransport – Großhandel – Banken – Schlachthöfe – industrielle Weiterverarbeitung – Großbauern Getreide und Gemüse – Klein und Mittelbauern Viehwirtschaft – Subventionen und Steuern – Preisfestsetzungen – und so weiter. Die Agrarindustrie ist ein ziemlich komplexer Wirtschaftszweig, in dem die Kleinproduktion über verschiedene Relais mit dem Welthandel verbunden ist.

¹⁰ Eugen Varga, Die wirtschaftspolitischen Probleme der ungarischen Diktatur, Wien 1920.

Es steckt in diesem Komplex überall einerseits Kapital (etwa Banken, Industrie, Transport) als auch immer wieder bäuerliche Selbstständigkeit. Der Übergang zur Planwirtschaft bedeutet sehr wohl, dass Kapital vergesellschaftet wird, natürlich auch jenes, das mit der Agrarproduktion zu tun hat. Das gehört also zu Wesen der Planwirtschaft und des Sozialismus. Das bedeutet noch nicht, dass etwas über die genauen Methoden und den Zeitpunkt gesagt werden kann, die von den konkreten Umständen abhängig sind. Indes, so viel steht fest: Die Vergesellschaftung von Kapital hat die Voraussetzung, dass den Eigentümern und Besitzern des Kapitals dieses weggenommen wird. Da sich aber kaum wer Privatbesitz wegnehmen lassen will, ist das klarerweise eine unfreiwillige Angelegenheit.

Wer kein relevantes Kapital hat, wie etwa Kleinbauern und Gewerbetreibende, dem kann auch kein Kapital abgenommen werden. Die Vergesellschaftung des tatsächlichen Kapitals, wie etwa das der Banken, führt über Nacht zur völligen Entschuldung der Kleinbetriebe. Die Vergesellschaftung von agrarischem Großgrundbesitz eröffnet die Möglichkeit, diese Betriebe planwirtschaftlich weiterzuführen oder aber das Land unter den kleinen Selbstständigen aufzuteilen, was wie in Russland 1917 (Декрет о земле, Dekret über den Boden vom 28. Oktober) aus politischen Gründen auch sinnvoll sein kann, obwohl es an sich, ökonomisch gesehen, meist die weniger fortschrittliche Lösung ist.

Wie auch immer, es läuft letztlich auf die Konstellation heraus, dass die Planwirtschaft mit der Sozialisierung des Kapitals beginnt. Und das ist gut so. Gleichzeitig gibt es eine Masse an Kleinbetrieben und Kleinbesitz. Das ist zwar auch Privatbesitz an Produktionsmitteln aber nicht Kapital im Sinne der Aneignung von Mehrwert, der, realisiert am Warenmarkt, das Kapital stetig vermehrt und zur Akkumulation führt. Oder langfristig etwa doch? Die Geschichte der unzähligen, sich ständig wiederholenden Agrarreformen in weiten Teilen der Welt ist ja die, dass es im Laufe der Zeit und nach einer mehr oder weniger gerechten Aufteilung des Großgrundbesitzes unter den Bauern, wieder zu einer Differenzierung kommt. Die etwas größeren Betriebe wachsen schneller als die etwas kleineren und verdrängen letztere wieder, bis die Ungleichgewichte wieder zu dem Ruf nach einer Agrarreform führen.

Selbstverständlich kann diese soziale Differenzierung auch innerhalb einer Planwirtschaft von statten gehen und dies war etwa in Sowjetrußland im Laufe der 1920er Jahre der Fall. Diese repetierende Differenzierung des Kleinbetriebes verläuft unter den Rahmenbedingungen der Planwirtschaft freilich *anders* als unter dominierenden kapitalistischen Rahmenbedingungen: Vielleicht schneller, weil die Zinsschraube des Bankenkapitals fehlt, vielleicht langsamer, weil der „Markt“, die Abnahme, die Preise, der Handel, die Produkte der sozialisierten Branchen Chemie und Maschinenindustrie im Arbeiterstaat anders auf den Kleinbetrieb zukommen als im Kapitalismus. Wie leicht erkennbar, sind wir hier bereits mitten in der zentralen Fragestellung der TUSA.

Ja, es kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Rahmen der Planwirtschaft neuentstandenes Kapital wieder sozialisiert werden wird, weil es zu groß geworden ist. Aber sehr wahrscheinlich ist dies nicht, da ja die Zirkulations-Sphäre vom Arbeiterstaat und nicht vom Warenmarkt geprägt ist. Damit stehen dem Arbeiterstaat ganz andere Instrumente als die Enteignung zur Verfügung. Weit wahrscheinlicher ist es, dass nach und nach die private Kleinproduktion unnötig wird und Personen von sich aus in den sozialistischen Sektor wechseln, sei es weil dort die Arbeitsbedingungen besser, die Konsumquote höher oder die Produktivität von einer weiterentwickelten Technik geprägt ist. Dieser Prozess des Abwanderns vom privaten in den sozialistischen Sektor ist vergleichbar mit dem Strukturwandel, den wir heute im Kapitalismus kennen: Das Abwandern der Jungen aus dem entlegenen Dorf mit geringen Zukunftschancen in die Stadt. Die Voraussetzung ist auf der objektiven Ebene eine höhere Arbeitsproduktivität, die der sozialistische Sektor erst einmal erreichen muss, falls noch nicht vorhanden. Die subjektive Ebene kann freilich niemand voraussehen, indes ist nicht auszuschließen, dass der Strukturwandels auch aus subjektiven Gründen Jahrhunderte andauert und nicht geradlinig, sondern mit Gegenbewegungen von statten geht.

Als Prinzip lässt sich jedenfalls aus dem bisher Gesagten verallgemeinern: Einmal ungeachtet konkreter Umstände baut die Planwirtschaft auf der Vergesellschaftung allen Produktionsmitteln auf, aber dieser mehr oder weniger langfristige Prozess umfasst einerseits die Enteignung der Kapitalisten und anderer-

seits das Angebot an das Kleinbürgertum, in den sozialistischen Sektor überzutreten. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem sozialistischen Sektor und der eventuell noch vorhandenen Privatproduktion wird an sich durch den ökonomisch stärkeren Teil bestimmt, indes stehen dem Arbeiterstaat Instrumente zur Verfügung, diese ökonomische Beziehung zu gestalten. Das kann sogar bedeuten, für eine Phase mehr die Privatwirtschaft als die Planwirtschaft zu fördern, wie in Sowjetrußland unter der NEP.

Das ökonomische Milieu

Ein kommunistisches Agrarprogramm muss nicht nur auf diese allgemeinen Perspektive ausgerichtet sein, sondern von den konkreten Verhältnissen ausgehen. Es ist daher heute nicht möglich, zu sagen: Dieses oder jenes Programm ist an sich richtig - ohne die Verhältnisse zu kennen. Die Analyse beginnt damit, ob und inwiefern die Agrarproduktion bereits durch das Kapital arbeitsteilig organisiert wird oder ob und inwiefern die Agrarproduktion noch durch die individuelle Bewirtschaftung durch kleine Selbstständige geprägt ist. Mit dieser Differenzierung beginnt zu recht der Entwurf des Agrarprogramms des Spartakusbund 1919:¹¹ *„Im landwirtschaftlichem Großbetrieb ist die sozialistische Produktion vorgebildet durch das Kapital selbst. Es bedarf hier nur des Zerbrechens der Schranken des Privateigentums, der Aneignung des Landes und der Arbeitsmittel durch die Gesellschaft und des innigen Zusammenwirkens mit der sozialisierten Industrie und Handel, damit auch hier die sozialistische Arbeitsweise sich entfalten kann. Das Kleinbauerntum und der im kleinbäuerlichem Betrieb bewirtschaftete Großgrundbesitz (...) in seiner Betriebsform ist die sozialistische Wirtschaftsweise noch nicht vorgebildet. Sie kann nicht mit Gewalt durchgeführt werden. (...) Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält“ ... erhält? Es ist ja bereits sein Eigentum ...“* *„das bisher bewirtschaftete Land zur freien Verfügung“.*

Das scheint also ganz vernünftig. Und nur nebenbei sei erwähnt, dass in Sowjetrußland weder das eine durchgeführt noch der letzte Satz unter Stalin 1927-1933 zur Anwendung kam. Das Agrarprogramm des Spartakusbund fährt sodann grob mit einer Differenzierung fort: *„Landwirtschaftliche Großbetriebe sind diejenigen, die ständig fremde Arbeitskraft gegen Lohnarbeit zur Erzielung kapitalistischen Profits anwenden. Landwirtschaftliche Kleinbetriebe sind diejenigen Betriebe, die fremde Arbeitskraft gar nicht oder nur in der Weise beschäftigen, das sie der Hauswirtschaft nach Lebensweise oder Arbeitsweise eingegliedert sind, wie die Besitzer und ihre Familienangehörigen selbst.“* Wie wird der Großbetrieb aber geleitet? *„Auf jedem landwirtschaftlichem Großbetrieb bilden die ständig auf ihm beschäftigten Landarbeiter, Gutshandwerker, Angestellten und die landwirtschaftlich tätigen Familienangehörigen einen Gutsrat. Der Gutsrat übernimmt die genossenschaftliche Bewirtschaftung des Betriebs.“* Das ist also zum Großteil konkrete Wirtschaftspolitik. Wie ist diese Agrarproduktion unter Arbeiterkontrolle mit der restlichen Planwirtschaft verlinkt? *„Die Höhe der für den Eigenbedarf der Genossenschaften des Großguts notwendigen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse des Großguts wird zentral festgelegt. Die Überschüsse (...)“* Und so weiter.

Das, was russischen Bodendekret Декрет о земле von 1917 im Zentrum stand, ist beim Spartakusbund nur ein Paragraph unter dreißig anderen: *„XVI. Landwirtschaftlicher Großgrundbesitz, soweit er nicht im Großbetrieb“ ... gemeint ist hier der sozialisierte Großbetrieb unter Arbeiterkontrolle ... „bewirtschaftet wird, sondern in kleine Pachten aufgeteilt ist, wird ebenso wie Großbetriebe entschädigungslos enteignet. Soweit dieser Landbesitz im kleinen bewirtschaftet wurde, wird er zur weiteren Nutzung und Bewirtschaftung an die örtlichen Landarbeiter- und Kleinbauernräte überwiesen. Diese haben seine Nutzungs- und Betriebsart unter Beachtung der Interessen der bisherigen kleinbäuerlichen Bewirtschafteter zu regeln.“*

Das Agrarprogramm des Spartakusbund war an sich richtig, aber eben nur soweit richtig, wie das ein

¹¹ August Thalheimer, Das Agrarprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund). In: Die Internationale, Jahrgang 1, ausgegeben am 19. Juli 1919, Heft 7/8.

Parteiprogramm eben sein kann. Hätte die KPD zwischen 1919 und 1923 die Möglichkeit gehabt, es anzuwenden, es hätten sich viele Fragen neu gestellt, wie einige, die wir uns heute nur durch die Erfahrungen mit Sowjetrußland vorstellen können. Was zum Beispiel fehlt, ist die Frage wie, mit welchem Zielen und mit welchem Maßstab der Austausch zwischen der bäuerlichen Privatwirtschaft und den sozialisierten Betrieben von statten gehen kann bzw. soll. Oder: Wie ist das Verhältnis der Privatwirtschaft zum Welthandel?. Der Spartakusbund beantwortete letztere Frage nicht und bleibt bei ersterer ganz allgemein: „*Ablieferung ihrer überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die örtlichen Sammelstellen. (...) Die sozialistisch organisierte Industrie versorgt die Kleinbauern mit industriellem Lebensbedarf.*“

Zurück zur Klassenanalyse am Lande: Die Schwierigkeiten besteht erstens darin, dass der Übergang zwischen kleinbürgerlicher und kapitalistischer Agrarproduktion fließend ist und nicht die scharfe Klassentrennung zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse kennt. Und zweitens, dass auch die kleinbürgerliche Agrarproduktion nur ganz selten für sich alleine steht, sondern in einem Milieu von Austauschbeziehungen steht. In den entwickelten kapitalistischen Ländern z.B. ist dieses Milieu durch Groß- und mitunter Monopolkapital geprägt: Handel, Strukturpolitik der Gebietskörperschaften, Kredit, Chemie, Maschinen- und Fahrzeugbau. Das Milieu kann sich in Zeiten der Krisen aber drastisch ändern, bis hin zu dem anderen Extrem, dass die Bauern nicht mehr für den Markt produzieren, sondern für den Eigenbedarf – Subsistenz. Das ist ein Schritt von den kapitalistischen zu kleinbürgerlichen Austauschbeziehungen und kann auch den Stand der Mittelbauern mit seiner arbeitsteiligen und kapital-getriebenen Produktion vorübergehend dem der Kleinbürger annähern. Bei kapitalistischen Austauschbeziehungen kann hingegen auch der kleine selbstständige Bauer, der also ein klassischer Kleinbürger ist, in die Arbeitsteilung der kapitalistische Agrarproduktion einbezogen werden.

Deswegen kann es auch gerechtfertigt sein, die Agrarproduktion als Ganzes in Abgrenzung zur Planwirtschaft als Warenproduktion oder als kapitalistische Landwirtschaft zu bezeichnen, auch wenn die Mehrzahl der Bauern individuell zum Kleinbürgertum gehören können. Andererseits wiederum kann etwa eine Wirtschaftskrise die Agrarproduktion in die Subsistenz-Produktion drücken, den Warenaustausch ausdünnen, die Zinszahlungen versiegen lassen und so einen insgesamt kleinbürgerlichen, ja vorkapitalistischen Charakter annehmen. Selbst eine kollektive Bewirtschaftung kann - je nach dem Milieu, dass die Agrarproduktion umgibt und mit dem Rest der Wirtschaft verbindet - aus dieser je nach dem eine kapitalistische, kleinbürgerliche oder sozialistische machen.

Die Analyse der jeweiligen Klassenlage auf dem Lande ist somit eine komplexe Angelegenheit und erschöpft sich nicht in der Frage, ob Lohnarbeit angewendet wird. Das gesagt bedeutet unserer Ansicht nach auch, dass ein kommunistisches Agrarprogramm unterscheiden muss zwischen der Politik gegenüber Individuen und individuellen Rechten auf der einen Seite und der Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite, die weit mehr von dem ökonomischen Milieu abhängig ist. Ist das Milieu etwa kapitalistisch, so wird es sinnvoll sein, dieses Milieu mit Instrumenten der Wirtschaftspolitik (im Arbeiterstaat) oder des Klassenkampfes (im bürgerlichen Staat) zu bekämpfen, aber gleichzeitig die individuellen Kleinbauern als Bündnispartner zu gewinnen trachten. Freilich können dann beide Seiten der Medaille in Widerspruch zueinander stehen -

Preobrazenskij's Erbe

Mit einiger Berechtigung kann man die historische Einschätzung vertreten: Wäre Preobrazenskij's Linie der Industrialisierung Mitte der 1920er Jahre eingeschlagen worden, es hätte Ende der 1920er Jahre keinen Anlass für die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft gegeben. Politisch gesehen kann Preobrazenskij weder für die NEP-Periode unter Bucharin-Stalin noch für die Periode ab der Zwangskollektivierung verantwortlich gesehen werden. Während ersterer befand er sich in der politischen Opposition, während letzterer war er entmachtet und gehörte nicht den führenden Kreisen an. Mit der Wende von 1927 wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Nach seiner ersten Rehabilitierung 1930 nahm er nur noch eine operative

Funktion ein. 1936 wurde er zum dritten Mal inhaftiert und 1937 von der stalinistischen Justiz zum Tode verurteilt und hingerichtet. Evgenij Preobrazenskij hatte sich 1936/37 geweigert, gegenüber den absurden Anschuldigungen und den massiven Drohungen in die Knie zu gehen.

Preobrazenskij's Bedeutung liegt weniger in der strategischen Mitgestaltung der längst untergegangenen Planwirtschaft in Russland, sondern als marxistischer Ökonom und Theoretiker. In dieser Hinsicht ist sein Buch „Die neue Ökonomik“ am bedeutsamsten und wegen der TUSA zumindest bekannter als „ABC des Kommunismus“, „Anarchismus und Kommunismus“ und „Von der NÖP zum Sozialismus“. Wenngleich die TUSA das Hauptthema in „Die neue Ökonomik“ ist, so gibt es darin einen Subtext, der für die zukünftige Beschäftigung mit der Planwirtschaft an sich weit bedeutsamer ist, weil auf einer höheren Abstraktionsstufe. Wir meinen die Kontroverse mit Nikolai Bucharin in der Pravda 1924/1925 über die Frage, ob es in der nachkapitalistischen Ökonomie eine allgemeine *Struktur* gebe, innerhalb deren Spannweite die jeweilige konkrete Wirtschaftspolitik angesiedelt ist, oder ob sich, wie Bucharin meinte, die Ökonomie der Planwirtschaft in der Wirtschaftspolitik auflöse bzw. sich darin erschöpfe. Wie nicht schwer zu erraten bestand das argumentative Kalkül Bucharins darin, jede Kritik, dass seine Wirtschaftspolitik nicht konkrete Erfordernisse mit einer sozialistischen Perspektive verbinde, den Boden zu entziehen.

So schrieb der Herausgeber der Pravda gegen Preobrazenskij in diesem maßgeblichen Blatt: *„Wenn man von der Wirtschaftspolitik des proletarischen Staates abstrahiert, bedeutet das, daß man die Grenze der Übergangsperiode außerhalb ihrer historischen Charakteristika, außerhalb der Entwicklung vom „Spontanen“ zum „Bewußten“ betrachtet (...) dass es absurd ist, von der Wirtschaftspolitik der proletarischen Staatsmacht zu abstrahieren, da dies eine Abstraktion vom gesamten Prinzip der Planung bedeuten würde.“*¹² Andererseits war die Bucharin-Position Mitte der 1920er Jahre nicht nur argumentatives Kalkül, sondern baute auf Bucharins Überzeugung auf, der sich bereits in seinem 1920 erschienenen Werk „Die Ökonomie der Transformationsperiode“ andeutete. Hier führte Bucharin aus, weshalb sich die politische Ökonomie in der Planwirtschaft auflöse und von ökonomischen Gesetzen keine Rede mehr sein könne.

Preobrazenskij verteidigte gegen die Bucharin-Gruppe den Materialismus: *„Der Haupteinwand gegen meine Formulierung des Gesetzes der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation (...) läuft auf folgendes Argument heraus. „Ja, sagen meine Gegner, eine sozialistische Akkumulation gibt es bei uns, aber nicht irgendein Gesetz der ursprünglichen Akkumulation oder zumindest ist seine Existenz nicht bewiesen.“ (...) „Die ganze Tiefe und Unwiderstehlichkeit dieses Einwandes lässt sich am leichtesten ohne unnötige Worte verstehen, wenn man es so darlegt, wie einer meiner Leser es in einem Privatgespräch mit mir tat. Er sagte folgendes: „Wozu soll man über irgendein Gesetz der sozialistischen Akkumulation sprechen? Soviel wie die sowjetische Regierung in den Grenzen des Möglichen zu akkumulieren beschließt, soviel wird akkumuliert.“ In dieser Interpretation läuft das Gesetz der sozialistischen Akkumulation auf dasselbe hinaus wie ein Dekret des Rates der Volkskommissare über die sozialistische Akkumulation. Ich bin überzeugt, dass zwischen dem ersten und zweiten Argument keinerlei prinzipieller Unterschied besteht.“*¹³

Oder positiv formuliert: *„Man muß sich nun fragen, was sind in dieser Beziehung nach dem Übergang der Gesellschaft zu einer vollständig organisierten, geplanten sozialistischen Produktion ändert. Ist die Tätigkeit der Menschen hier der Notwendigkeit unterworfen, besteht auch hier diese Gesetzmäßigkeit auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Beziehung? Natürlich. Etwas anderes anzunehmen, würde bedeuten, dass man den gesamten dialektischen Materialismus ablehnt und an seine Stelle eine Weltauffassung setzt, die auf einen Rückfall in die Philosophie des freien Willens, wenn schon nicht des individuellen, so doch des kollektiven, basiert. Wenn wir Freiheit als das Bewusstsein der Notwendigkeit betrachten, dann existiert diese Gesetzmäßigkeit auf dem Gebiet wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Betätigung des Menschen auch hier und verändert nur ihre Form. In der geplanten Wirtschaft tritt ein „Gesetz anders in*

¹² Pravda 146.

¹³ Evgenij Preobrazenskij, Die Neue Ökonomik, Moskau 1926.

Erscheinung“ als in der unorganisierten Warenwirtschaft. Aber eine Gesetzmäßigkeit gibt es auch hier, wenn es auch angesichts der Unterschiede in der Form nötig sein mag, der Terminus „Gesetz“ durch einen anderen zu ersetzen. Und in dem Maße in dem die Gesetzmäßigkeit in anderer Weise erscheint, muss auch die Methode, mit der sie erfasst wird, sich verändern. Die Methode verändert sich als Folge der Veränderung im Studienmaterial, und eine Sozialwissenschaft wird durch eine andere ersetzt, wenn man zum Studium dieses veränderten Materials übergeht.“¹⁴

Die letzten beiden Sätze treffen ein Problem der Analyse der geplanten Ökonomie ganz genau, einerseits auf der Ebene der Begriffe und Definitionen, andererseits auf der Ebene der Stringenz. Wenn zum Beispiel die Auflösung des Wertgesetzes der Warenwirtschaft in der Planwirtschaft analysiert werden soll, zeigt sich exemplarisch die zentrale Bedeutung der Unterscheidung zwischen

- 1) Ökonomischen Gesetzmäßigkeiten (Struktur)
- 2) Wirtschaftspolitik
- 3) Meta-Struktur

die zwischen 1) und 2) vermittelt bzw. die Wirtschaftspolitik in die Struktur der Planwirtschaft erst richtig einbettet – denn auch die Metastruktur ist in der nachkapitalistischen Ökonomie ganz anders gelagert als in der Warenwirtschaft, in der 1) vor allen anderen dominiert.

Das ist einer der *essential starting points* der Analyse der Planwirtschaft und in dieser Hinsicht gilt es, Preobrazenskij fortzusetzen.

Exkurs I: Die TUSA in der rezenten Literatur

Die Theorie wird heute zum Teil einfach nicht verstanden. Man kann schwer sagen, dass es sich um ein intellektuell besonders schwieriges Terrain handelt. Eher trifft wohl zu, dass sich die TUSA auf eine politische und historische Konstellation bezieht, die viele andere Themen aufwirft und diese den Blick auf die ökonomischen Zusammenhänge verstellen. Wie auch immer, im deutschsprachigen Wikipedia liest der Interessierte dazu: „Vor allem die Entwicklung Russlands und das Konzept der ursprünglichen Akkumulation wurde seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert bis weit ins 20. Jahrhundert hineingehend diskutiert. (...) Eine ursprüngliche Akkumulation innerhalb der Sowjetunion wurde ebenfalls unter marxistisch-leninistischen Theoretikern diskutiert, so führt Cliff in seinem Werk *Staatskapitalismus in Rußland* ein Zitat von Jewgeni Preobraschenski (1886–1937) zur „ursprüngliche sozialistischen Akkumulation“ an, die als „Akkumulation materieller Hilfsquellen in den Händen des Staates, aus Quellen, die teilweise oder hauptsächlich außerhalb der Staatswirtschaft [Anm.: gemeint ist die Landwirtschaft] liegen“,¹ definiert wird. Diese Akkumulation müsse nach Preobrazhensky „in einem rückständigen bäuerlichen Land eine außerordentlich große Rolle spielen“. Es herrsche in dieser Periode eine Akkumulation „auf Kosten des nicht-staatlichen Milieus“ stark vor.“¹⁵ Freilich hätten die Wikipedia-Autoren Preobrazenskij selbst lesen können statt sich Cliff zu verlassen, der freilich zu einem ganz anderen Ergebnis kommt: Hier Staat dort Bauern während der Sinn und Kontext der TUSA sich ja nur erschließt, wenn die Gegenüberstellung heißt: Hier sozialistischer Sektor, dort vorsozialistischer Sektor. Es geht um zwei unterschiedliche Produktionsweisen, ja Produktionsverhältnisse. Und nicht um unterschiedliche Branchen.

Es geht auch nicht um Überausbeutung an sich, wie auch immer man diese fasst. Somit völlig falsch dieser Passus: „Nach Wolfgang Abendroth (1906–1985) musste die ursprüngliche Akkumulation Aufgrund der Notwendigkeit zur raschen nachholenden Industrialisierung eine „zentrale Aufgabe der UdSSR“ sein, und damit verbunden „ihre Bevölkerung noch lange auf erhebliche Steigerung ihres Konsums verzichten.“

¹⁴ Evgenij Preobrazenskij, *Die Neue Ökonomik*, Moskau 1926, dt. Berlin 1971, Seite 63.

¹⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Urspr%C3%BCngliche_Akkumulation.

Nehmen wir einmal an, der Sachgehalt dieser historischen Aussage stimmt. So hat er dennoch genau nichts mit der TUSA zu tun. Angenommen es ist für die sozialistische Akkumulation nötig, die Ratio zwischen der Arbeit der Gesellschaft in der Konsumgüterindustrie zugunsten der Produktionsmittelindustrie zu verlagern bei gleichzeitiger Intensivierung der Arbeit und Verlängerung des Arbeitstages. In dieser Konstellation haben wir alle Härten für die Bevölkerung kombiniert. Auch wenn dieser unangenehme Zustand hundert Jahre währen würde, er hat genau nichts, also genau null Prozent mit der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation zu tun, sondern ist einfach sozialistische Akkumulation. Das adjektiv „nachholend“ sagt ja nicht darüber aus, ob die Arbeiter im sozialistischen Sektor die Gürtel enger schnallen müssen oder die Produzenten im kapitalistischen. Die TUSA hat die ökonomische Beziehung zwischen dem sozialistischen Sektor und dem vorkapitalistischen, ob letzterer nun aus Bauern besteht und ein Agrarprodukt herstellt oder nicht, zum Inhalt.

In Wirklichkeit kann der Wertetransfer von dem einen in den anderen Sektor groß oder klein sein und gleichzeitig die Mehrproduktion der Arbeiter oder Bauern groß oder klein sein, da der Wertetransfer auch von der Entwicklung der Produktivität her variiert. Die richtige Analogie ist also die Theorie des ungleichen Tausches innerhalb des Kapitalismus, auf die bereits Preobrazenskij in einem Nebensatz hinwies. Was hingegen bei der TUSA noch hinzu kommt, wenn das Wertgesetz innerhalb des sozialistischen Sektors bereits aufgelöst ist: Wie wird der Wertetransfer zwischen den antagonistischen Sektoren gemessen? Nach dem Wertgesetz des kapitalistischen Sektor oder etwa nach der Arbeitszeitrechnung des sozialistischen? Oder nach Gebrauchswerten? Überspitzt gefragt: Messen wir die Interaktion zwischen Druck und Temperatur in Bar oder in Kelvin? Freilich soll diese Anmerkung nicht davon ablenken, dass die TUSA einen Bewegungsanstoß des sozialistischen Sektors auf Kosten des vorsozialistischen Sektors zum Inhalt hat und zwar relativ zu der einmal gegebenen Ausgangslage des sozialistischen Sektors.

Eine aktuelle Kritik der TUSA gibt es von Ulrich Knaudt mit dem Titel „Das Wertgesetz und der Sozialismus des 20. Jahrhunderts“¹⁶ Darin meint Knaudt - stark vereinfacht, aber auf den Punkt gebracht - folgendes: a) Ein Wertetransfer von der bäuerlichen Privatwirtschaft zur sozialistische Industrie hatte seit dem Bürgerkrieg immer statt gefunden, also während der Requirierung von Lebensmitteln durch die Rote Armee, später während der NEP und sodann anlässlich der Zwangskollektivierung ab 1927. b) Das war von Grund auf schlecht. Zu einer richtigen Politik gegenüber der Bauernschaft fanden die Bolschewiki überhaupt nie. c) Die Alternative wäre gewesen, den alten bäuerlichen Gemeinbesitz zum Keim des Kommunismus zu machen. d) Preobrazenskij hatte zu unrecht nur die TUSA vor Augen, nicht die innere soziale Differenzierung der Bauernschaft.

Um mit dem letzten Vorwurf an Preobrazenskij zu beginnen: Ja, die TUSA ist Thema des Buches und nicht die innere soziale Differenzierung der Bauernschaft. Allerdings ändert dies nichts daran, dass die Thematik des Verkehrs beider Sektoren miteinander an sich im Arbeiterstaat existiert, Preobrazenskij hat das Thema nur als erster reflektiert. Und dass sich die Bolschewiki mit der innere soziale Differenzierung der Bauernschaft zu wenig beschäftigt haben, kann schwerlich behaupten werden, das war das Hauptthema aller parteiinternen und parteiexternen Debatten in den 1920er Jahren.¹⁷ Knaudt könnte also nur folgendes sachlich richtig meinen: Dass in den 1920er Jahren die Frage der alten kommunalen Gemeinwirtschaft zu wenig diskutiert wurde. Das hängt aber einfach damit zusammen, dass sich die Agrarproduktion nach ihren Rückfall in die Subsistenz während des Bürgerkrieges und kurz danach, bald erholte und wieder vornehmlich zur Warenwirtschaft wurde. 1924/25, also die Zeit, in der die TUSA erarbeitet wurde, war MIR in der russischen Realität nicht mehr das Thema.

Die notwendige Kritik an Knaudts Text müsste sich in einen historischen und einen ökonomischen Teil gliedern. Das kann an dieser Stelle nur grob umrissen werden, aber auf der historische Seite, um damit zu beginnen: Es kann bezweifelt werden, dass in der Bucharin-Periode der NEP, also von 1924-1927, in je-

¹⁶ <http://www.parteimark.org/?p=182>

¹⁷ Vgl. die Anträge im Februar-ZK von 1920 bis zu den Sammelbänden: Ulf Wolter (Hrsg.), Die linke Opposition in der Sowjetunion, Westberlin 1975.

dem Jahr die Bilanz der Wertetransfer vom privatwirtschaftlichen Sektor in den sozialistischen Sektor überwog. Man müsste auch klären, zu welchen Preisen gerechnet wird: in Sowsnaki, Rubel, Tscherwonez oder etwa Arbeitszeit? Zu nominalen oder realen Preisen? Wie groß war die Inflationierung einerseits der Industriegüterpreise, andererseits der Agrarpreise? Ökonometrisch kann dies nun mittels Auswertung der Primärquellen sicher beantwortet werden und wäre ein interessantes Projekt. Aber selbst wenn es in realen Preisen ein Wertetransfer in Richtung sozialistischer Sektor stattfand, ist dies allein natürlich kein Argument gegen oder für die Richtigkeit der TUSA. Es wäre nur ein Argument, dass die ursprüngliche Akkumulation stattfand, weder, ob sie so wie geplant stattfand noch, ob dies nun gut oder schlecht war – und von welchem Standpunkt soll diese Frage beantwortet werden, vom Standpunkt des Sozialismus oder vom Standpunkt der privaten Bauernwirtschaft aus?

Dass indes der alte MIR-Gemeinbesitz auf dem Dorfe die Alternative zu der Smytschka in der Übergangsgesellschaft gewesen sei, glauben wir nicht. Einerseits ökonomisch nicht (dazu weiter unten), andererseits politisch nicht: Immerhin war die Forderung nach Enteignung des Großgrundbesitzes die zentrale Forderung vor und während der Revolution 1917. Diese Forderung war politisch so mächtig und unüberhörbar, dass sie - abgesehen von der Kriegsfortsetzung durch Kerenski - den Spaltkeil in die Partei der Sozialrevolutionäre bildete. Die Bolschewiki haben mit dem berühmten Dekret des 2. Allrußländischen Sowjetkongresses über den Grund und Boden im Grunde nur den Status Quo der wilden Enteignung des Großgrundbesitzes und des Adels durch die Bauern eine legale Form gegeben. Das Dekret sah die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden im Wortlaut vor, also eine Nationalisierung, aber gleichzeitig wurde das Land einfach jenen übergeben, die es bearbeiteten. Es handelt sich daher um eine Agrarreform und damit verbunden mit einer gewaltigen Umverteilung von Eigentum.

Vom operativen Ablauf her handelte es sich zuerst um eine Enteignung des großen Gutsbesitzes und die Aufteilung ebendieser Güter an die Gemeinden, die individuelle Aufteilung sollten lokale Komitees übernehmen.¹⁸ Die Privatwirtschaft wurde am Land de facto nicht durch eine Kollektivwirtschaft abgelöst, die individuelle Subsistenzwirtschaft vorerst gestärkt, was jedoch nicht generell der Produktion für den Markt oder generell der kapitalistischen Marktwirtschaft widersprach, sondern eine Rückwertentwicklung durch den bald einsetzenden Kriegskommunismus entsprach. Im Grunde unterschied sich in der Praxis nur in der konsequenten Umsetzung von einer bürgerlichen Agrarreform.

Die Bolschewiki haben damit 1917 keineswegs ein kommunistisches Programm zur Agrarfrage umgesetzt, sondern sich der Dynamik des Klassenkampfes angepasst.¹⁹ In Hinblick auf die Notwendigkeit, das Überleben des Arbeiterstaats zu sichern, war dies wahrscheinlich die beste Wahl. Freilich gingen im Bürgerkrieg die Requirierungen auf Kosten der Bauern, dennoch liegt Ulrich Knaut mit seiner Beurteilung, dass die Bauern sich deswegen bereits im Bürgerkrieg von den Roten abwandten, falsch. Im Grunde sahen die kleinen Bauern und Landarbeiter trotz aller Härten und einzelnen Aufständen gegen den Arbeiterstaat diesen doch als einzigen Garant an, die große Umverteilung von Grund und Bodn zu verteidigen.²⁰ Ein ganz analoger Vorgang übrigens wie während der Großen Französischen Revolution, deren zuerst eben-

¹⁸ Der genauen Wortlaut des Dekrets auf: http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0006_bod&object=translation&st=&l=de

¹⁹ Ein kommunistische Programm wurde im Bodendekret von 1917 teilweise angesprochen, aber nicht dekretiert oder umgesetzt. Wenn man nur den Wortlaut und nicht die Realität diskutieren möchte, dann könnte man sagen, dass das Dekret eine Zwitterstellung zwischen einer bürgerlichen Agrarreform (also der Fokus auf die gerechte Neuverteilung des Bodens auf alle Agrarproduzenten) und einer sozialistischen Perspektive (Verbot von Lohnarbeit und Handel mit dem Bodens) einnimmt. Eine kollektive und planwirtschaftliche Agrarproduktion wird freilich nicht anvisiert und es wird nicht angesprochen, in welchem Verhältnis und in welcher Austauschbeziehung die individuellen Agrarproduzenten zur Industrie bzw. zum sozialistischen Sektor stehen sollen. Einerseits weil es letzteren 1917 ja noch gar nicht gab, andererseits weil etwas anderes als eine individuelle Produktion auf dem Lande, gemessen an dem übernommenen historischen Erbe, gar nicht vorstellbar war. Ein anderes Beispiel für ein kommunistisches Agrarprogramm wäre jenes der KPD Spartakusbund aus der Feder August Thalheimers.

²⁰ Laut Victor Serge wurden 30.000 Großgrundbesitzer enteignet. Victor Serge, Year one of the Russian Revolution, 1930, engl. Pinguin Press 1972. Seite 352.

falls wilde soziale Umwälzung auf dem Lande durch die politische Umgestaltung der Staatsmacht gedeckt wurde und umgekehrt die politische Revolution absicherte, da die Bauern die Revanche der Aristokratie fürchteten.²¹

Wäre die zentrale Forderung der russischen Bauern die Umwandlung alles Landes in Kollektiveigentum auf Gemeindebasis gewesen und nicht auf die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Bolschewiki hätten dem sicher Rechnung getragen, taktisch flexibel wie sie waren. Alles deutet darauf hin, dass die Warenzirkulation am Lande 1917 fortgeschrittener als die Gemeinde-Kollektivwirtschaft war. Selbst wenn Marx in den 1870er und Anfang der 1880er Jahren mit seiner Einschätzung des progressiven Charakters des bäuerlichen Gemeineigentums in Russland recht gehabt hatte, so stand diese Einschätzung zu Beginn von zwei Jahrzehnten rasanter sozialer und ökonomischer Entwicklung. Kurz: Der kapitalistischen Entwicklung in Russland. Anfang der 1890er Jahre verfasste übrigens Lenin zwei Studien, für die in Russland zur Verfügung stehendes statistisches Material verarbeitet wurden und kam dabei zu der Schlussfolgerung, dass am Lande eine flotte soziale Differenzierung der Bauernschaft von statten geht, die durch die Marktwirtschaft angetrieben wurde: Das obere Drittel produzierte nicht mehr subsistent, sondern nur für den Markt, das unterste Drittel konnte in dem Markt milieu nicht einmal mehr subsistent überleben, sondern musste die eigene Arbeitskraft als Landarbeiter verkaufen und den Hof obendrein, womit die kapitalistischen Agrarproduzenten noch größer wurden, ein Konzentrationsprozess fand statt und so weiter.²²

Dass die Landwirtschaft in der Periode des Bürgerkriegs in die Subsistenz absank²³, war ja nicht einer Überlegenheit des bäuerlichen Gemeineigentums geschuldet, sondern der Destruktion der gesamten Wirtschaft (Industrie und Landwirtschaft) während des Bürgerkriegs, wozu es allerdings, solange man die Revolution gegen die Konterrevolution des Zarismus verteidigen bereit ist, kaum eine Alternative gab. Indes, in der NEP-Phase erlangte die *Warenwirtschaft* ihre Dominanz im Agrarsektor über die Subsistenz zurück. Vorderhand paradoxerweise auch deswegen, weil sich in der ersten Hälfte der 1920er Jahren die Industrieproduktion wieder erholte und zwar auf der Grundlage der Planwirtschaft. Das heißt, zugespitzt formuliert: Die Planwirtschaft half der Agrarproduktion von der Subsistenz zurück zur Warenform. Ein schönes Beispiel der Widersprüche einer Übergangsgesellschaft, die nur zu erkennen sind, wenn man bei der Dialektik bleibt und diese nicht durch eine „Moralik“ ersetzt.

Exkurs II: Zurück zur TUSA

Nicht auf der Ebene einer historischen Skizze, sondern auf der Ebene einer ökonomischen Abstraktion: Wird eine Teil der Wirtschaft, sagen wir die Großproduktion, in der – wie es etwa das Agrarprogramm des Spartakusbund so schön formulierte – die sozialistische Produktion bereits im Kapitalismus vorgebildet wurde, sozialisiert und als Planwirtschaft geführt, so steht diese Ökonomie einer anderen gegenüber, nämlich jener die nicht sozialisiert wurde. Wir haben also zwei unterschiedliche ökonomische Sektoren in der Gesellschaft. Und dann haben wir noch einen dritten Akteur: Den Staat. Der Punkt ist hier nicht so sehr, ob der Staat nur Ausdruck der Planwirtschaft oder bzw. auch Ausdruck der Privatwirtschaft ist, sondern dass es überhaupt noch einen dritten Akteur gibt, der die Austauschbeziehungen zwischen beiden Sektoren regelt. Selbst wenn die Austauschbeziehungen nicht dezidiert geregelt werden, sondern dem ökonomischen Kräfteverhältnis zwischen den Sektoren überlassen wird, so ist dies auch eine Art der Regelung. Es geht also auch um das *Milieu*, in dem sich der sozialistische Sektor und der privatwirtschaftliche Sektor begegnen.

²¹ In der historischen Forschung ist das erste Aufflackern dieses Phänomens als *Grande Peur*, die Große Angst, bekannt, so bei Albert Soboul, *Die Große Französische Revolution*, deutsche Fassung Frankfurt a.M., 1988, Seite 118. Beide Revolutionen, die Große Französische und die russische Oktoberrevolution wären ohne der Unterstützung der Majorität der armen Bauern nicht möglich gewesen bzw. hätten sich militärisch nicht gehalten.

²² Wladimir Iljitsch Lenin, *Neue wirtschaftliche Vorgänge im bäuerlichen Leben*, 1893 und Wladimir Iljitsch Lenin, *Zur sogenannten Frage der Märkte*, 1893. Deutsch: Lenin Werke Band 1, Dietz Verlag Berlin 1963, Seite 3ff.

²³ Victor Serge, *Year one of the Russian Revolution*, 1930, engl. Penguin Press 1972. Seite 352f.

Dieses Szenario bleibt übrig, wenn wir von allen anderen, zufälligen Faktoren abstrahieren – also auch vom Welthandel, indem wir unterstellen, das Szenario wäre die Welt. Bis hierher kann vermutlich jeder folgen. Aus dieser Abstraktion folgen eine Reihe von Möglichkeiten, die eintreten können und es geht hier nicht darum, ob sie wünschenswert sind oder nicht, sondern nur, dass sie eben möglich sind:

Erstens: Die beiden Sektoren haben so gut wie keine Austauschbeziehungen. Das ist zwar in der Realität für einen längeren Zeitraum sehr unwahrscheinlich, aber an dieser Stelle geht es auch nicht darum, was wahrscheinlich ist, sondern darum, die Spannweite an Möglichkeiten zu definieren, innerhalb der die Ökonomie der Übergangsgesellschaft angesiedelt ist. Wenn nun beide Sektoren keine Beziehung zueinander haben, gilt es auch keine Austauschbeziehungen zwischen den beiden Sektoren zu definieren. Dennoch wird der Staat nicht zwischen beiden Polen neutral, sondern vom sozialistischen Sektor geprägt sein, der ja die Großproduktion vom Kapitalismus übernommen hat und eine andere Entwicklungsdynamik in sich trägt als die individuelle Kleinproduktion. Bei aller mehr oder weniger treffsicheren Kritik an der Großproduktion an sich, die seit den 1960er Jahren immer wieder aufgekommen ist, muss man doch in Rechnung stellen, dass die industrielle Produktion seit dem 18. Jahrhundert ein rasantes Entwicklungstempo hingelegt hatte, die individuelle Kleinproduktion jedoch keineswegs. Und das, obwohl sie im Kapitalismus mit der Industrie verbunden war, was bedeutet, an deren Produktivitätsfortschritt Anteil haben.²⁴

Haben beide Sektoren keine Austauschbeziehungen, werden nicht nur keine Werte ausgetauscht, sondern hat die Kleinproduktion auch keinen Anschluss an dem Produktivitätsfortschritt der Großproduktion. Der technologische *gap* vergrößert sich langfristig und in einer historischen Perspektive versammeln sich hinter dem sozialistische Sektor mehr Menschen, Lebenschancen und Konsum. Ist diese Dynamik einmal erreicht, erübrigt es sich - aus der Perspektive des Sozialismus - über Austauschbeziehungen nachzudenken. In diesem Fall verliert der kapitalistische Sektor nicht im Austausch, aber sozial, auch wenn dieser Prozess Jahrhunderte dauern könnte.

Zweitens: Die beiden Sektoren haben Austauschbeziehungen zueinander. Unterstellen wir, dass im sozialistischen Sektor das Wertgesetz nicht mehr wirkt, im kapitalistischen Sektor aber wohl. Werden nun Produkte (der Überbegriff von Produkte der sozialistischen Industrie und Waren des kapitalistischen Sektors) ausgetauscht, wie werden sie „abgerechnet“, nach dem Wertgesetz oder nicht nach dem Wertgesetz? Wenn etwa Ulrich Knaut in seinem Beitrag protestiert, dass das Wertgesetz im Austausch zwischen den privaten Bauern und der sozialistischen Industrie nicht zu Anwendung kam und laut der TUSA auch nicht zu Anwendung kommen soll, was ist dann die Alternative? Dass das Wertgesetz zur Anwendung kommt, also dass der Austausch zwischen dem sozialistischen und dem privatkapitalistischen Sektor aus der ökonomischen Perspektive der Privatwirtschaft erfolgen soll. Der Punkt ist, dass es keine neutrale Recheneinheit zwischen den beiden Sektoren gibt und geben kann, man kann sich also nur auf eine der beiden Seiten stellen, auf die sozialistische oder auf die kapitalistischen.

Knaut macht überhaupt Preobrazenskij den Vorwurf, dieses Thema und nicht ein anderes, etwa die innere Differenzierung der russischen Bauernschaft behandelt zu haben. Das scheint uns kurios, denn gerade dieses Thema ergibt sich von selbst durch die Koexistenz zwei unterschiedlicher Produktionswiesen in einem Staat. Wenn es aber keinen inhärenten Wertmaßstab für den Produktaustausch zwischen den Sektoren gibt, dann wird entweder die eine oder die andere Seite übervorteilt und zwar immer je nachdem, von welcher Seite man den Austausch anguckt.

²⁴ Man könnte meinen: Die Unterschiede im Entwicklungstempo liegen - soweit unterschiedliche Branchen betroffen sind - einerseits in der Proportion zwischen Naturaneignung und Arbeit, andererseits in den in der Landwirtschaft geringeren Arbeitsteilung und in der geringeren Rationalität, was mit den limitierten Größeneffekten zusammenhängt. In Wirklichkeit liegt der Unterschied nur zufällig oder historisch darin, nicht aber an sich im unterschiedlichen „Gebrauchswert der Produktion“, sondern in der unterschiedlichen „Kapitalausstattung“. Wobei hier wieder gilt, dass die spezifische Rationalität des sozialistischen Sektors erst ab einer bestimmten Größenordnung zum Tragen kommt. Alles darunter ist einfach das Erbe der kapitalistischen Großproduktion und Industrie, die die Grundlage für die Kollektivierung darstellte.

Soweit der moralische Aspekt der Kritik. Die ökonomische Seite ist aber in Wirklichkeit weit schwieriger und komplexer. Und es scheint, dass in dieser Hinsicht zwar Evgenij Preobrazenskij auf dem richtigen Pfad war, aber noch nicht alle Fragen beantwortet hatte. Gehen wir noch einmal zu dem Produktaus-tausch zwischen den beiden Sektoren zurück. Man könnte meinen, der gemeinsame Wertmaßstab wäre die in der Produktion verwendete Arbeitszeit, die ja auch irgendwie, nämlich als gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in den Warenwert des kapitalistischen Sektors eingeht. Und im sozialistischen Sektor könnte die Arbeitszeit ja direkt gemessen werden.

Es fällt aber sofort auf, dass wir hier so gut wie nie auf den gleichen Nenner kommen. Weil:

a) Der Warenwert bezieht sich auf die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. In der Planwirtschaft gibt es keine gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die Arbeitszeit ist eben, wie sie ist. Man könnte nur – quasi von Seiten der Wirtschaftspolitik – einen mathematischen Durchschnitt samt Standardabweichung, Median und so weiter errechnen. Im Warenwert geschieht das aber nicht von außen, sondern ist der Wert- und Preisbildung inhärent.

b) Der Preis einer Ware hat bloß die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als Substrat, dass durch den Markt und die Durchschnittsprofitrate modifiziert wird. Ungefähr bis hierher kam Preobrazenskij auch, aber wir müssen nun zusätzlich in Rechnung stellen, dass

c) ... die Preisbildung im vollen oder echten Kapitalismus etwas anderes von statten geht, als die Preisbildung der Waren im Arbeiterstaat, die vom privatwirtschaftlichem Sektor hergestellt auf die Nachfrage des sozialistischen Sektors treffen. Denn: Für die Preisbildung im Kapitalismus ist ein massenhafter Waren- und Geldverkehr notwendig, eine ständige Zirkulation, hier summt und brummt es wie in einem Bienenstock.²⁵ Selbst wenn sich der Staat nicht zu einem direkten Instrument des sozialistischen Sektors machen lässt und so tut, als stünde er neutral zwischen den Sektoren und sich in die Preisbildung nicht einmischte, handelt es sich - nach bürgerlichen Vorstellungen - um einen hochgradig verzerrten Markt, in dem die Preisbildung eines großen Sektors, nämlich der Industrie nicht wie in einem Warenmarkt mit einer Unzahl individueller Produktionsmittelbesitzer von statten geht. Das wirkt sich auch auf die Preisbildung der Produkte der Privatwirtschaft aus, sofern der Intersektorenmarkt den Intra-sektorenmarkt an Marktkraft übertrifft. Anders wäre es, wenn es keinen Austausch zwischen den Sektoren gäbe – wie oben skizziert. Oder wenn die Agrarpreise durch den Markt innerhalb des privatkapitalistischen Sektors geprägt werden.

Oder wieder anders gesagt: das Milieu, in dem sich die beiden Sektoren begegnen, wird auch ohne Staatsintervention als Ordnungsmacht des Austausches von dem ökonomisch stärkeren und dynamischeren Teil geprägt. Die Größe spielt gewiss auch eine Rolle. Bei einem kleinen sozialistischen Sektor und einem großen kapitalistischen, wird letzterer auch wenn er weniger dynamisch ist, das Milieu prägen, die Austauschbeziehungen dominieren und die Preisbildung wird sich der kapitalistischen Normalität annähern. Wenn umgekehrt, so umgekehrt und hier können wir sogar davon ausgehen, dass der sozialistische Sektor nur via der sozialistischen Akkumulation wächst, nicht über die ursprüngliche und der Staat sich entsprechend zurückhält.

Aus all dem Gesagten kann zusammenfassend als hübsche Pointe geschlossen werden: Die Thematik der TUSA ergibt sich auch ohne ursprünglicher sozialistischer Akkumulation, einfach durch die nackte

²⁵ Karl Marx, Grundrisse der politischen Ökonomie, Dietz, Berlin 1983, MEW 42: „Wohl aber besteht diese erste naturwüchsige Zirkulation aus einer Masse von Umläufen.“ (Seite 117), „Die Zirkulation ist das Setzen der Preise, die Bewegung, in der die Waren in Preise verwandelt werden: ihr Realisieren als Preise.“ (Seite 118), „Eine wesentliche Bestimmung der Zirkulation ist, daß sie Tauschwerte, und zwar als Preise bestimmte Tauschwerte, zirkuliert. Jede Art des Warenaustauschs, z.B. barter, Naturallieferungen, feudale Dienstleistungen etc., konstituiert daher noch nicht die Zirkulation. Zur Zirkulation ist vor allem zweierlei nötig: Erstsens: Die Voraussetzung der Waren als Preise; Zweisens: Nicht einzelne Austauschakte, sondern ein Umkreis von Austauschen, eine Totalität derselben, in beständigem Flusse und mehr oder minder auf der ganzen Oberfläche der Gesellschaft vorgehend“ (Seite 119)

Tatsache der Koexistenz der unterschiedlichen Sektoren.

Exkurs III: Der Ausgleich der Produktivität

Wir kommen nun zu dem letzten Punkt, der langfristig die Beziehung zwischen den Sektoren entscheidet und die Frage des bewussten Bruchs des Wertgesetzes zum Zwecke der Akkumulation in der Industrie quasi overrules.

Nehmen wir wieder auf einer hohen Abstraktionsstufe die beiden Sektoren an, die sowohl Intra- als auch Inter-Austausch betreiben. Die Industrie verkauft den Bauern Industriegüter, die Bauern verkaufen den ArbeiterInnen Agrargüter. Nun können beide Sektoren einen unterschiedlich hohen Stand an Produktivität haben. Da sie aber unterschiedliche Güter herstellen, lässt sich die Produktivitätsdifferenz nicht unmittelbar bestimmen. Was besagt es, wenn etwa ein Traktor 1.000 Arbeitsstunden „gekostet“ hat und eine Tonne Getreide 1.000 Arbeitsstunden? Die Gleichung wird auch nicht aussagekräftiger, wenn wir eine Geldeinheit verwenden. Aber innerhalb einer Zeitspanne können wir z.B. die prozentuelle Veränderung der Produktivität vergleichen.

Angenommen, die Produktivität der Industrie wäre nach einiger Zeit um 100% gestiegen und nun könnten in 1.000 Arbeitsstunden 2 statt 1 Traktor hergestellt werden. Nun könnte, wenn nach Stück abgerechnet wird, wieder 1 Traktor für einen 1 Tonne Getreide getauscht werden. Und: Die Arbeiter der Industrie hätten Freizeit gewonnen, die Bauern nicht. Man könnte nicht sagen, dass dies ungerecht wäre, schließlich kann eine Produktivitätssteigerung nur durch vorhergehenden Konsumverzicht „finanziert“ werden. Es könnte aber auch nach Arbeitszeit abgerechnet werden, dann würden die Bauern für eine Tonne Getreide zwei Traktoren bekommen, würden also vom Produktivitätsfortschritt profitieren und nicht die Arbeiter, denn das Getreide hätte sich vice versa relativ verteuert.

Angenommen, die Produktivität in der Industrie würde sinken und nach einiger Zeit würde die Produktion von einem Traktor 2.000 Arbeitsstunden verbrauchen. Nun würden für einen Traktor zwei Tonnen Getreide stehen. Entweder es würde in Stück abgerechnet werden, dann würde sich die Arbeitszeit für die Arbeiter bei unveränderter Konsummenge verdoppeln oder bei gleichbleibender Arbeitszeit der Lebensmittelkonsum verringern, während es für die Bauern keine Änderung ergäbe. Oder es würde nach äquivalenten Arbeitsstunden zwischen den Sektoren abgerechnet, dann hätte sich das Produkt, das die Bauern von der Industrie beziehen, verteuert und das Getreide für die Arbeiter relativ verbilligt.²⁶

Beide Varianten ließen sich ganz analog auch für Produktivitätssteigerungen oder -minderungen in der privatwirtschaftlichen Landwirtschaft denken, also jeweils in Stück oder Arbeitszeit. In der Realität ändert sich die Produktivität ständig etwas, in beiden Sektoren synchron oder gegenläufig und in unterschiedlichem Ausmaß. Was bedeutet dies nun für unsere Fragestellung? Es bedeutet, dass auch ohne intentionale Preisverzerrung für die eine oder die andere Seite „ungleich“ getauscht wird. Der Begriff „ungleicher Tausch“ ist nicht sehr glücklich gewählt und etwas missverständlich, denn es geht ja gerade um einen „doppelten“ oder noch besser gesagt: „doppelbödigen“ Tausch: Er kann etwa nach Arbeitszeitquanten gerecht sein und dennoch in Stück gemessen eine Verschlechterung bedeuten. Er kann für die eine Seite ungerecht sein, aber materiell eine Verschlechterung verhindern. Etwa aus der Perspektive der Bauern, wenn die Produktivität in der Industrie sinkt, aber in gleichen Stück wie früher abgerechnet wird und nicht in „Wert“.

Langfristig gesehen bewirken Produktivitätssteigerungen weitaus größere, weitreichendere und dauerhaftere Lenkungseffekte als Preismanipulationen, die nur den einen Vorteil haben, das sie sofort wirksam

²⁶ In der konkreten Realität sind freilich auch andere Varianten der Abrechnung möglich. Hier geht es nur darum, zwei reine Extremvarianten durchzuspielen.

werden aber gleichzeitig den Nachteil haben, vom Umschlag abhängig zu sein und genau das ist meist auch der Hebel, den die durch Preisverzerrung Geschädigten ergreifen.

Kommen wir nun etwas genauer auf die unterschiedliche Rolle der beiden Sektoren bei Produktivitätssteigerungen zu sprechen. Soweit die eine Seite die Industrie darstellt und die andere die Landwirtschaft, so haben sie ein asymmetrisches Verhältnis, insofern als die Industrie eben vor allem Produktionsmittel herstellt. Die Produktionsmittel, die in der Industrie hergestellt werden, werden auch in der Landwirtschaft verwendet, aber die Produkte der Landwirtschaft werden kaum als Produktionsmittel in der Industrie verwendet, sondern als Vorprodukte für Konsumgüter oder als Rohstoffen für die Industrie. Ausnahmen bestätigen hier durchaus die Regel. Diese Asymmetrie hat weitreichende Folgen: Produktivitätsfortschritte, die in der Landwirtschaft erreicht werden, wirken zwar verbilligend auf die Konsumgüterproduktion, haben aber ansonsten kaum einen Cross-Branchen-Effekt. Produktivitätsfortschritte werden von der Landwirtschaft zur Industrie kaum weitergegeben. Umgekehrt jedoch sehr wohl: Chemie, Biologie, Physik, Wasserwirtschaft, Ingenieurwesen, Maschinenbau, Lagerhaltungstechnik und Logistik prägen die Produktivität der Landwirtschaft maßgeblich. Wenn das nicht der Fall ist, handelt es sich ziemlich sicher um die Konstellation, dass die Landwirtschaft ihre Produktionsmittel selbst herstellt und damit zu höheren Kosten und niedrigeren Nutzeffekt.

Und das asymmetrische Verhältnis ist selbst dann noch gegeben, wenn wir statt Industrie vs. Landwirtschaft Groß- vs. Kleinproduktion nehmen. Am größten ist aber die Asymmetrie, wenn wir die sozialistische Großindustrie der kleinbetrieblichen Privat-Landwirtschaft gegenüber stellen. Und das ist auch die wahrscheinlichste Konstellation, da es ja keinen speziellen Grund gibt, die großbetriebliche, kapitalgetriebene Agrarproduktion, wie sie heute etwa in der Weizen-, Mais-, Reis- und Sojaproduktion in den USA oder anderen westlichen Ländern oder in der Zucker-, Kakao-, Kaffee-, Bananen-, Kokos- Palmölproduktion im Trikont üblich ist, von einer Vergesellschaftung auszunehmen, nur weil es sich um Landwirtschaft handelt. Wenn, dann würden Branchen und Betriebe von einer Vergesellschaftung ausgenommen, weil es sich um eine kleinbürgerliche Produktion handelt.

Als Quintessenz des bisher gesagten kann zusammengefasst werden: Die Verschiebung innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Aufteilung der Arbeit zugunsten der Industrie, der Forschung und der Produktionsmittelerzeugung rentiert sich objektiv auch aus der Perspektive der kleinbürgerlichen Produktion und der Agrarproduktion, da dies erstens die Produkte der Industrie mittelfristig im Austausch mit den privatwirtschaftlich erzeugten Produkte verbilligt. Und zweitens, indem der Produktivitätsfortschritt der Industrie an den Rest der Ökonomie weitergegeben wird, insofern die Produktionsmittel ersterer im Produktionsprozess letzterer angewandt werden.

Freilich sehen wir es nicht als unsere Aufgabe, eine bestimmte Wirtschaftspolitik im Arbeiterstaat zu befürworten. Denn jede Wirtschaftspolitik kann zumindest zur Hälfte nur aus einer Reaktion auf eine konkrete Ausgangslage bestehen. Diese konkrete Ausgangslage haben wir aber heute nicht vor uns, es gibt keine Planwirtschaft, der oder innerhalb der Vorschläge und Pläne zu erarbeiten wären. Sinnvollerweise können wir daher nur sagen: Welches Verhältnis *kann* die Planwirtschaft zur bäuerlichen Agrarproduktion haben? Welche Wirtschaftspolitiken sind überhaupt möglich, *wie* sind sie zu der allgemeinen Struktur in der Planwirtschaft verknüpft? Und vor allem: *Worin besteht die Struktur* und wo fängt stattdessen die Wirtschaftspolitik an. Wenn das einmal unterschieden werden kann, ist schon viel gewonnen und diese Arbeit können und sollen wir bereits heute erledigen.